

An das
Ministerium für Kultur, Wissenschaft, Weiterbildung und
politische Bildung
z. Hd. Frau Ministerin Ina Brandes
Völklinger-Str. 49
40221 Düsseldorf

Die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen zu einem Bollwerk der Demokratie ausbauen!

Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (DVPB NW) zu den Plänen des Ministeriums für Kultur, Wissenschaft, Weiterbildung und politische Bildung, eine Stabsstelle für "Extremismusprävention" einzurichten und in diesem Zuge einen Kahlschlag bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW zu initiieren

Sehr geehrte Frau Ministerin Brandes,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Hauptausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags wurde bereits über das Vorhaben des Ministeriums für Kultur, Wissenschaft, Weiterbildung und politische Bildung diskutiert, eine Stabsstelle für Extremismusprävention einzurichten. Der Landesverband der DVPB NW, der Fachverband der schulischen und außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, begrüßt die Pläne zur Stärkung der Extremismusprävention im Grundsatz. Erhebliche Bedenken haben wir jedoch hinsichtlich der institutionellen Umsetzung. Wir befürchten, dass die Einrichtung einer Stabsstelle gegen Extremismus an Ihrem Ministerium zu einer erheblichen institutionellen Schwächung der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen führen wird – obwohl im Koalitionsvertrag explizit die Stärkung der Landeszentrale vereinbart wurde und die Landeszentrale in Nordrhein-Westfalen in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen ein großes Renommee genießt. Ihr ist es gelungen, Vertrauen aufzubauen und eine große Akzeptanz für ihre politische Bildungsarbeit in der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Pläne zur Umstrukturierung können, so unsere Befürchtung, zu einer Destabilisierung der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung führen. Vor dem Hintergrund der vielfachen gesellschaftlich herausfordernden Transformationsprozesse (Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Wandel der Arbeitswelt etc.) und der diesbezüglichen Rolle der politischen Bildung sind die Pläne des Wissenschaftsministeriums nicht nachvollziehbar.

Ausgehend hiervon sehen wir die Planung Ihres Ministeriums zur Extremismusprävention und der damit einhergehenden Umgestaltung der politischen Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen aus den folgenden Erwägungen kritisch:

Deutsche Vereinigung für
Politische Bildung
Nordrhein-Westfalen e.V.
*Der Fachverband für politische und
ökonomische Bildung in NRW.*

Postfach 2150
48008 Münster

Der Vorstand
Oliver Krebs
Geschäftsführer

geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

Münster, 18.12.2023

Beirat:

*Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt
Universität Halle a.d.S.
Prof. Dr. Helmut Bremer
Universität Duisburg/Essen
Prof. em. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld
Michael Hirz
Journalist*

1. Verkürzung des politischen Bildungsauftrags

Politische Bildung droht, ausgehend von den Plänen des Wissenschaftsministeriums, inhaltlich weitgehend auf Extremismusprävention verkürzt zu werden, wobei der zugrunde liegende Extremismusbegriff unklar bleibt. Dieses Vorgehen entspricht weder der Vielfalt der politischen Bildungslandschaft und -angebote noch der im jüngsten Landesdemokratiebericht angemahnten Forderung einer vielfältigen und diversen schulischen wie außerschulischen politischen Bildung. Auch werden über die inhaltliche Fokussierung auf Extremismusprävention Strukturen sozial ungleicher politischer Bildungs- und Partizipationschancen ausgeblendet, die eine zentrale Ursache für das Entstehen von Demokratieskepsis und -distanz insbesondere unter jüngeren Menschen sind. Die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen hat in diesem Problemfeld in den letzten Jahren maßgebliche Impulse gesetzt und Innovationen in der praktischen Bildungsarbeit und Forschung initiiert. Der geplante personelle Kahlschlag in der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen wird sich daher insgesamt negativ auf die Entwicklung der politischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen auswirken.

2. Ressourcenintensive Reibungsverluste durch Doppelstruktur

Es werden in der Landeszentrale für politische Bildung gut funktionierende Strukturen in der politischen Bildungsarbeit zerschlagen. Stattdessen soll eine Art Doppelstruktur etabliert werden, die nicht nur verwaltungstechnisch zu ressourcenintensiven Reibungsverlusten führen wird.

Es gibt in der Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik einen sehr hohen Handlungsbedarf (z. B. Unterfinanzierung des Bildungs- und Wissenschaftssystems, prekäre Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen und in der außerschulischen Bildung). Es ist inhaltlich nicht plausibel, weshalb Finanzmittel und knappe zeitliche Ressourcen der Politik zum Umbau einer gut funktionierenden Institution wie der Landeszentrale für politische Bildung verwendet werden sollen, obwohl an anderen Stellen ein hoher Handlungsbedarf besteht.

3. Drohender Vertrauensverlust in politische Bildungsarbeit

Der jüngste Landesdemokratiebericht bestätigt ein erfreulich großes Interesse an den Bildungsangeboten der Landeszentrale. Dieses Interesse basiert maßgeblich auf dem Vertrauen einer möglichst hohen institutionellen und parteipolitischen Unabhängigkeit. Die direkte institutionelle Anbindung der Stabsstelle an das Kultus-, Bildungs- und Wissenschaftsministerium (oder jedes andere Ministerium) ist kontraproduktiv. Es besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass die Angebote dann nicht mehr als politisch-demokratische Bildungsangebote definiert werden, sondern als Versuche parteipolitischer Überwältigung.

4. Landeszentrale(n) für politische Bildung zu Bollwerk(en) der Demokratie ausbauen

Die Pläne des Wissenschaftsministeriums sind wenig weitsichtig, weil nicht absehbar ist, aus welchen Parteien in Zukunft der oder die Minister:in für Kultur, Wissenschaft, Weiterbildung und politische Bildung gestellt werden.

Im Gegensatz zu den Plänen der Landesregierung empfehlen wir dringend, die politische Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung zu stärken. Sie muss in die Lage versetzt werden, auch dann ihren Bildungsauftrag der Demokratiebildung gerecht zu können, wenn sich politische Machtverhältnisse zu Gunsten antidemokratischer Kräfte verschieben. Hierzu gehört auch, die Landeszentrale für politische Bildung als politisch unabhängige Institution personell zu stärken. Die aktuellen Pläne des Ministeriums für Kultur, Wissenschaft, Weiterbildung und politische Bildung entziehen der Landeszentrale für politische Bildung weitgehend die Handlungsfähigkeit. Ihr werden die Grundlagen entzogen, ihrem demokratischen Bildungsauftrag gerecht zu werden. Die Landeszentrale für politische Bildung muss, wir erlauben uns in diesem Fall die martialische Sprache, zu einem Bollwerk der Demokratie aufgebaut werden.

5. Organisationale Verschwendung von Ressourcen: Vertrauen, Netzwerke, Kompetenz

Wir als DVPB NW begrüßen, wie oben betont, die Stärkung der Extremismusprävention auch und insbesondere nach den jüngsten Entwicklungen im Anschluss an den 07. Oktober 2023 grundsätzlich. So haben wir in mehreren Verbändeanhörungen zu den Lehrplänen für die sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächer insistiert, ein Inhaltsfeld "Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismus,

wehrhafte Demokratie" aufzunehmen. Gleichwohl betrachten wir es als wenig zielführend, die Extremismusprävention als isoliertes politisches Bildungskonzept bzw. Instrument wehrhafter Demokratie in einer separierten Institution zu etablieren. Während die Landeszentrale für politische Bildung über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügt, über Jahrzehnte ein dichtes Netzwerk und Vertrauen aufgebaut hat, die es ihr ermöglichen, ihre Bildungsangebote etc. weiten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen, soll nun Extremismusprävention von einer Stabsstelle übernommen werden, die weder über die Strukturen und Netzwerke, noch über das Vertrauen im Feld der politischen Bildung verfügt. Angesichts des dringlichen Handlungsbedarfs (steigende Demokratieunzufriedenheit, steigender Zuspruch extremer Einstellungen) ist es nicht zielführend, diese Aufgabe einer Institution zuzuweisen, die diese Ressourcen erst langwierig aufbauen muss.

Die DVPB NW möchte stattdessen die Empfehlung aussprechen, weitere finanzielle und personelle Ressourcen für Extremismusprävention der Landeszentrale für politische Bildung zuzuweisen. Eine Stärkung der Extremismusprävention sollte institutionell bei der Landeszentrale für politische Bildung erfolgen und im Einvernehmen mit dieser umgesetzt werden – auch um Anschlussfähigkeiten an die und Schnittmengen zu den weiteren Bildungsaufgaben und -angeboten der Landeszentrale zu gewährleisten.

Extremismusprävention und andere Ziele politischer Bildung sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen als Einheit gedacht werden.

6. Einholung von Expertise im Feld der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen versäumt

Die DVPB NW ist irritiert, dass die Akteure der politischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen über die geplante "Umstrukturierung" erst über die Medien in Kenntnis gesetzt wurden. Es wäre der Sache dienlich gewesen, Verbände und Experten bzw. Expertinnen, die über eine fundierte Expertise und Orientierung im Feld der politischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen verfügen, zuvor zu befragen. Die u.a. oben skizzierten negativen Auswirkungen auf die Landeszentrale für politische Bildung und mit ihr die politische Bildungsarbeit wären dann frühzeitig bei den Überlegungen zur Einrichtung der Stabsstelle eingeflossen.

Die DVPB NW ist gerne bereit, ihre Expertise einzubringen. Über die Möglichkeit eines gemeinsamen Gesprächs zur weiteren Entwicklung der politischen Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen im Namen des Vorstands der DVPB NW

Iris Witt, Dr. Franziska Wittau, Prof. Dr. Bettina Zurstrassen und Oliver Krebs (Geschäftsführer)